

Riesaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift
Tageblatt Riesa,
Hauptstr. Nr. 20,
Postfach Nr. 22.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachamt:
Dresden 1880,
Stollacke
Riesa Nr. 22.

Nr. 80.

Dienstag, 5. April 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintreffens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Preise und Materialsteigerungen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Angelegenheiten die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr mittags anzukommen und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für den Eintreffen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Form (6 Spalten) 50 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reklamazelle 100 Gold-Pfennige; zeitweilen und tabellarischer Satz 30%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt stellt, wenn der Betrag verfallt, durch Angabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kenntnis gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilage 'Erzähler an der Elbe'. — Im Falle böhscher Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Anwaltschaft oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vorkostung oder Nachdruckung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsrecht und Verlag: Dargatz & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gochstraße 22. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Eitrich, Riesa.

Belgrader Albträume.

Man muß schon etwas tiefer in das ganze Balkan-Problem hineingreifen, wenn man die Nervosität Belgrads im Hinblick auf die Vorgänge in Albanien erkennen und begreifen will. Und wenn man sich Zeit und Ruhe genommen hat, diesen Kern des Übels, der wie eine unheilbare Krankheit die Stabilisierung des Balkans verzögert, sorgsam zu beschauen, so wird man wiederum zu einer Erkenntnis geführt, deren Wahrheit sich auf belagerte andere Fronten der zerpflückten Völkervereinigung läßt: auch hier sind es in der Hauptsache die Friedensverträge und die Zwangsabfälle, die den Brandherd anzündeten, Zwangsabfälle, die fern von allen wirtschaftlichen Erkenntnissen und Notwendigkeiten, lediglich die Interessen von Siegermächten vertreten. Die Interessen der unterlegenen Nationen oder der Nationen, die als Handelsobjekt kurzzeitig ausgetauscht wurden, aber unberücksichtigt lassen. Evident ist eine Nation von Minderheiten. Das belangt eben alles. Wären diese nationalen Minderheiten in ihrer Gesamtheit dem südslawischen Staatswesen eingegliedert, dann wäre die Sache vielleicht nicht so schlimm. Aber die Friedensverträge sorgten dafür, daß diese nationalen Minderheiten ohne Rücksicht auf ihre gemeinsame Kultur, Sprache und ihr Volkstum auseinandergerissen wurden und unter verschiedene andere Staatswesen verteilt wurden. So kam Ragabonien teils unter die Herrschaft Bulgariens, teils unter die Staatsautorität Belgrads. So verblieb einem Teil des albanischen Volkstums die Souveränität, andere Teile wurden der Oberhoheit Griechenlands oder Südlawens untergeordnet. Staatsgrenzen können wohl die Einheit eines Volkstums politisch trennen. Sie können aber niemals das Gefühl der Zusammengehörigkeit und das Gemeinsame der Kultur und der Gesetze zerstören. Ueber jede Staatsgrenze hinweg verbindet doch immer wieder das Blut und die Kultur ein Volkstum zu einem unlöslichen Ganzen. Die Albaner, gleichgültig ob sie nun unter einem Namen ein selbständiges Staatswesen bilden, oder ob sie der Souveränität Belgrads unterstehen, oder griechische Untertanen sind, die Ragabonier, gleichgültig ob sie bulgarische Staatsbürger wurden, oder ob sie der Belgrader Regierung zu gehören haben — sie fühlen sich immer als Albaner oder als Magadonier, sie sind eben keine Serben oder Bulgaren. Es gibt keine Regierung, die so leichtfertig wäre, an solchen Selbstverständlichkeiten vorbeizugehen. Minderheiten sind immer eine Gefahr für den Staat, denn sie befehlen den Staat innerlich nicht.

Alles dies bringt etwas Licht in die Unterwürfungen der Belgrader Albanien-Politik. Ahmed Bogus Republik der Serbentum" umfasst 700.000 Seelen. Dies nur ein Bruchteil des albanischen Volkstums. Etwa 200.000 Albaner beherzhen Italien, 200.000 andere sind Griechen geworden. Der südlawische Staat erhielt das Danubiengebiet von 500.000 Albanern. Man kann daher das vitale Interesse verstehen, das die Belgrader Regierung den innerpolitischen Verhältnissen der selbständigen albanischen Republik entgegenbringt. Und schließlich auch die ernste Sorge, die sie der Abklaffung einer Stärkung der albanischen Nachmittell durch italienische Hilfe entgegenbringt. Es ist das tiefste Empfinden, mit dem die südlawische Regierung die Störungen im bulgarischen Nachbarland verfolgt. Also immer und immer wieder die Minderheitenfrage, dieser ewige Angsttraum der mit Minderheiten gesicherten Staatswesen. Die Beunruhigung Südlawiens wird besonders noch durch die Erkenntnis Belgrads bekräftigt, daß die Außenpolitik der Regierung, zur Zeit wenigstens, 'inoffiziell' ist. Bulgarien neigt sich Italien zu, Griechenland beugt sich ins englisch-italienische Fahrwasser, die Türkei hat ihre Gesandtschaft zur englischen Politik und zur römischen Regierung, wenigstens für den Augenblick, zurückgezogen. Nicht um Südlawien also keine Freunde, auf die man im Notfall rechnen kann. Und Frankreich? Wohl bestehen unverkennbar Sympathien zwischen den Regierungen von Paris und Belgrad. Aber das Paris niemals gewonnen ist, nur auf Grund dieser Sympathie oder im Interesse der guten Beziehungen, die es mit Belgrad pflegt, die südlawische Politik sich zu eigen zu machen, das lehrt zur Genüge die Behandlung, die Frankreich in den letzten Wochen der Albanienkrise angedeihen ließ.

Die Schulden des Reiches.

Der Reichsausschuss hat dem Reichstage eine Anleihebedarfsliste für das Reich (1926) zugehen lassen. Danach betrug die auf Reichsgeldmarkt lautende Schuld des Reiches am 31. Dezember 1925 1 844 559 068 Mark. Die Anleiheabschlusssumme des Reiches ist darin nicht eingeschlossen. Der Umtausch der Anleihe des Reiches in die Anleiheabschlusssumme ist im Gange. Die auf fremde Währungen lautende Schuld des Reiches betrug, nach den Mittelkursen der Berliner Börse berechnet, am 31. Dezember 907 487 460 Mark (gegen 824 928 704 Mark am 31. März).

Sechsmat Grohe 50 Jahre alt.

Der Sechsmat Oberregierungsrat Dr. Dr. Sechsmat Grohe, Sechsmat Grohe ist in der Gewissensfrage des Reichstages im Ausland bekannt geworden durch seine Tätigkeit als geschäftsführendes Präsidiumsmitglied des Bundes der Auslanddeutschen. Im Dienste der Interessen der reichsdeutschen Handels- und Gewerkschaften im Ausland hat Sechsmat Grohe sich namentlich um einen engen Zusammenhang der reichsdeutschen Vereine und Verbände im Ausland bemüht.

Vor der Vertagung der Abrüstungsverhandlungen.

Genf. (Telunion.) In den Delegiertenkreisen der vorbereitenden Abrüstungskommission wird in Anbetracht der großen Schwierigkeiten, die sich in allen grundlegenden Fragen der Abrüstungsverhandlungen ergeben haben, erwogen, nach Abschluß der ersten Lesung des Konventionentwurfes die Verhandlungen der vorbereitenden Abrüstungskommission zu vertagen, um den Regierungen die Prüfung der bisherigen Ergebnisse möglich zu machen. Die zweite Lesung würde dann erst in einigen Monaten erfolgen. Man rechnet damit, daß es gelingen wird, die erste Lesung des Entwurfes bis Oktober zu Ende zu führen, obwohl noch in den Fragen der Beschränkung der Herzerüstungen und der internationalen Abrüstungskontrolle sehr ernste Schwierigkeiten zu erwarten sind. Es muß hierbei darauf hingewiesen werden, daß die bisherigen Verhandlungen der Abrüstungskommission keineswegs zu irgendwelchen konkreten Ergebnissen geführt haben. Vielmehr sind die großen Gegenstände, die sich insbesondere zwischen der englischen und französischen Delegation ergeben haben, lediglich auf die zweite Lesung vertagt worden.

Einigung über die Begrenzung der Luftkräfte in Genf.

Genf, 4. April. Der Vorbereitungsausschuss der Abrüstungskonferenz einigte sich heute vormittag nach längerer Aussprache über die Begrenzung der Luftkräfte auf einen schwedischen Vermittlungsvorschlag, wonach für die Flugzeuge jedes einzelnen Staates in zwei Kolonnen Höchstzahlen einmal für die Flugzeuge selbst und dann für die Gesamtmotorenstärke in Herbedärten und -gehoben in einer dritten Kolonne für die Luftkräfte eine Höchstzahl für das Gesamtvolumen vereinbart werden soll. Der schwedische Vertreter Dunning begründete seinen Vorschlag mit dem Hinweis darauf, daß nach Aufhebung des militärischen Interaktionsbundes die von England gewünschte alleinige Beschränkung der Zahl der Flugzeuge als auch die von Frankreich vorgeschlagene alleinige Beschränkung der Gesamtmotorenstärke ihre Nachteile hat, da bei Begrenzung der Flugzeugzahl der Bau von mächtigen Bomberflugzeugen ermuntert und bei Begrenzung der Gesamtmotorenstärke die Staaten zum Bau von möglichst vielen kleineren Flugzeugen veranlaßt werden könnten, die im Ernstfall eine ebenso verhängnisvolle Angriffs- und Zerstörungswirkung haben könnten wie die weniger zahlreichen, dafür umso mächtigeren Bomberflugzeuge. Der Kompromißvorschlag, der sofort die entschiedene Unterstützung der amerikanischen und der deutschen Delegation gefunden hatte, und dem im Prinzip

auch die meisten anderen Delegationen zustimmten, wurde schließlich in erster Lesung unter Vorbehalten Englands, Italiens, Japans und Rumäniens angenommen. Gegen Schluß der Vormittags Sitzung wurde mit der Aussprache über die Art und Weise der Verwirklichung der Abrüstung bei Festsetzung der Höchstzahlen der Luftkräfte begonnen, weil Graf Bernstorff unter wiederholter Zustimmung zu den von dem belgischen Senator de Brodère in Anlehnung an die Ergebnisse des Brüsseler Sachverständigenkomitees ausgearbeiteten Vorschlägen feststellte, daß diese belgischen Vorschläge in gewissem Sinne dem französischen Gedanken einer weitergehenden Berücksichtigung der Stillflugsfähigkeiten widerstreichen. Der polnische Delegierte Sosal vertrat die gegenteilige Auffassung, indem er im Gegensatz zu den Ergebnissen des Brüsseler Ausschusses insbesondere den großen Handels- und Verkehrsflugzeugen einen erheblichen militärischen Wert zuschrieb.

Frankreichs Antwort auf die Einladung Coolidges zur Seabrüstungskonferenz.

Paris. (Telunion.) Der Quai d'Orsay veröffentlicht die Antwort der französischen Regierung auf die Einladung des Präsidenten Coolidges zur Teilnahme an der Seabrüstungskonferenz. Die Note wiederholt die Argumentation der früheren französischen Antwortnote und schließt mit der Wendung, daß die französische Regierung jede Entscheidung über die mögliche Teilnahme an der von Amerika vorgeschlagenen Konferenz auch in der Form einer Entscheidung ihres Reichstages vorbehalten wolle.

In der französischen Note heißt es weiter, daß die französische Delegation der vorbereitenden Abrüstungskommission ein Projekt unterbreite habe, das die gesamte Abrüstungsfrage umfasse. Ein großer Teil der Kommissionsmitglieder sei diesem Projekt günstig gefimmt und die Diskussion laufe erwarten, daß den Forderungen der Kommission in weitem Maße Rechnung getragen werde. Die französische Regierung sehe sich daher zur Zurückhaltung veranlaßt, hinsichtlich des amerikanischen Wunsches, sich auch an anderer Stelle an Diskussionen zu beteiligen, deren Prinzipien ganz andere seien. Es sei für Frankreich eine Ehrensache, dem Völkerbund gegenüber nichts zu unternehmen, was bei den Delegationen, die die französischen Vorschläge günstig aufgenommen hätten, einen Zweifel an der Aufrichtigkeit der französischen Bemühungen erwecken könnte.

Dr. Birt über die Abrüstungsfrage.

Wien. In einer Unterredung des früheren Reichsfanzlers Dr. Birt mit einem Vertreter des Neuen Wiener Journals kam das Gespräch auch auf die Abrüstungsfrage. Dr. Birt wies dabei auf die Schwierigkeiten des Problems hin, weil jeder Staat andere Interessen habe, wobei er sich auch die Stimmen, welche angeht, der ganzen Lage in Europa den Augenblick für eine fruchtbarere Beschäftigung der Abrüstungsfrage überhaupt noch nicht für gekommen hielt. Er verließ sich für die Ansicht, daß die Arbeiten der Konferenz unbedingt fortgesetzt werden müßten. Denn, kausen wir uns nicht darüber, meinte Dr. Birt, für den Fall, daß das Werk der Abrüstung mißlingt, steht Europa vor einem neuen Nahrungsstummel ohnehin, und dann, wenn die Nachbarn sich weiter bewaffnen, wird man auch vom deutschen Volke nicht mehr verlangen, daß es auf seine Selbstbestimmung in dieser Beziehung verzichte.

Polnische Erpressung.

Zwischen der Warschauer Regierung und dem Senat Danzigs ist wieder einmal ein Streit ausgebrochen, der, besser als Worte es vermögen, lehr, wie konsequenter Warschau bemüht ist, aus dem Unrechtsakt der Grenzziehung zwischen Deutschland und Polen Kapital für sich herauszuschlagen. Es handelt sich hier um die Danziger Forderung, im Eisenbahnbetrieb zwischen Danzig und Marienburg nach dem Reich hin vom 5. April ab für zwei Zugpaare den Platzanspruch für Weisende zu beseitigen. Es ist zu betonen, daß Warschau wiederholt durch offizielle Äußerungen zu erkennen gegeben hat, daß es die wirtschaftlichen Notwendigkeiten, die in dieser Forderung geltend gemacht werden, anerkennt und daß es deshalb bereit wäre, dem Danziger Verlangen stattzugeben. Es heißt sich jetzt heraus, daß die polnische Regierung dies Versprechen nicht innehalten will. Anders kann man nämlich beim besten Willen nicht die Forderungen beweisen, die nunmehr Warschau als Gegenleistung für diese teilweise Aufhebung des Platzanspruches im Verkehr zwischen Danzig und Marienburg erhebt. Die polnische Regierung verlangt nichts anderes, als einen völlig revidierten und ausweitereiten Verträge bei Weisen über Danziger Gebiet, und zwar für Angehörige aller Staaten. Würde Danzig diesem Verlangen nachkommen, dann müßten entweder sogenannte geschlossene Wägen oder Büge durch Danziger Gebiet ringerichtet werden, oder die Danziger Regierung müßte alle Eisenbahnstationen des Gebietes durch eigene Beamte kontrollieren lassen, wenn

nicht Danzig eine Zufluchtsstätte für alle in Polen unerwünschten Elemente werden soll. Wie stark in Warschau die Meinung vorherrscht, unliebliche Elemente nach Danzig abzuschieben, das geht allein schon aus der Tatsache hervor, daß die Danziger Behörden monatlich zum Teil über 100 Personen, die aus polnischem Gebiet nach Danzig einreisen wollen, zurückweisen muß. Die polnische Regierung einerseits erklärt sich zu einer Einrichtung von sogenannten geschlossenen Eisenbahnhöfen nicht bereit. Der Danziger Senat andererseits ist finanziell nicht in der Lage, einen so kostspieligen neuen Verwaltungsapparat einzurichten, der notwendig wäre, um sämtliche Danziger Stationen kontrollieren zu lassen. Aus dem allen geht mit hinreichender Klarheit hervor, daß die Warschauer Regierung nicht bereit ist, den unumgänglich notwendigen Verkehrsinteressen Danzigs Genüge zu leisten.

Die Lage in Rumänien.

Paris. Der Korrespondent des Matin in Bukarest berichtet, der Führer der Liberalen Partei Bratianu hat endgültig das Vertrauen in die Loyalität des Generals Averescu verloren. Er wartet bis der König von seiner Grippe geheilt ist, um ihm die Bildung einer Regierung der nationalen Einigung vorzuschlagen. General Averescu werde jedoch jedem Versuch, die Regierung zu führen, Widerstand entgegenzusetzen. Es sei dem Ministerpräsidenten gelungen, den Völkern eines Generalgouverneurs vonessarabien, wo der größte Teil der Armee zusammengezogen sei, einem seiner ergebensten Freunde zu übertragen. Nachdem er General Ionescu die Leitung der Eisenbahnen übertragen habe, sei er der Truppen sicher. Eine Verwirklichung vorausgehend, habe er bereits in der Hauptstadt alle Kavalleriebrigaden, die ihm tren seien, zusammengezogen.

Der albanische Streitfall.

Berlin. Wie die Vossische Zeitung berichtet, hat Reichsminister des Reichern Dr. Stresemann dem Reichsausschuss über die Verhandlungen der Räte über den italienisch-südlawischen Konflikt Bericht erstattet. Das Kabinett hat sich mit den Vorschlägen des Ministers einverstanden erklärt. Dem Blatt zufolge soll in Rom und Belgrad vorgeschlagen werden, durch direkten Meinungs- austausch die Angelegenheit beizulegen. Um Zwischensätze zu vermeiden, soll eine internationale Kommission eingesetzt werden, die im Bedarfsfall eingreifen kann. Ob Deutschland an dieser Kommission beteiligt sein wird, ist noch fraglich.